

Umsatzes. Sie hat weiter die ungeheure Belastung durch die Zinsen bei Überziehungen, zurzeit 45 bis 90 Prozent für das Jahr. Die Telefongebühren stehen heute noch 200 Prozent über dem Friedenspreis, die Frachten etwa 100 Prozent und die Kohlen ungefähr 50 Prozent. Das sind die hauptsächlichsten preistreibenden Momente, die in der letzten Zeit in unserm Wirtschaftsleben eine sehr große Rolle gespielt haben. Der Staat versucht, den Preisabbau durch die Unterbindung aller Kredite zu erreichen, will also den Lieferanten zu Zwangsverkäufen zwingen. Nach Ansicht des Staates sind alle Lager überreich gefüllt, und es herrscht die Meinung, daß nur von den reichgefüllten Lagern abgestoßen zu werden braucht, um eine Preisermäßigung zu erzielen. Die überreich gefüllten Lager sind kaum in so großem Umfange vorhanden, was aber die Hauptsache ist: die Ware, die zum Verkauf gestellt wird, ganz gleich, ob der Preis dafür hoch oder niedrig ist, wird nicht gekauft, weil die Mittel völlig fehlen. Hier rächt sich das allzu scharfe Zufassen der Reichsbank, die völlige Sperrung des Wechsel- und Kreditverkehrs. Ein Industrieller, der in dringender Verlegenheit ist und seine Ware unter Herstellungspreis anbietet, wird keine Abnehmer finden. Diese Notverkäufe, die schon immer an der Tagesordnung gewesen sind, tragen wenig zur Gesundung des Wirtschaftslebens bei, eher kann dadurch eine Schädigung erfolgen. Der eingeschlagene Weg, einen Preissturz herbeizuführen, ist also wohl nicht der richtige. Eine gewisse Kreditbeschränkung ist allerdings angebracht, und die Politik der Reichsbank ist in diesem Teil als berechtigt anzuerkennen. Eine ebenso dringende Notwendigkeit ist selbstverständlich auch die zweite Forderung der Regierungsstellen, die Warenpreisermäßigung. Die Wege, die zu dieser Warenpreisermäßigung führen sollen, müssen sich aber in dem Rahmen bewegen: »Die staatlichen Betriebe an der Spitze«. Wenn die Warenpreisermäßigung durchgeführt wird, kann Deutschland wieder seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarktsmarkt erreichen, wodurch wiederum die Kreditnot in gewissem Sinne behoben werden könnte. Die unliebsamen Erscheinungen, die jetzt eingetreten sind, kommen dann auch in Fortfall, z. B. gibt es Waren: Papier, Druckfilz usw., die heute nach Amerika ausgeführt und von dort nach Deutschland billiger verkauft werden, als der Deutsche die Ware in einer deutschen Fabrik beziehen kann. Die Warenpreisermäßigung, besonders auf dem Textilmarkt, ist also eine unbedingte Notwendigkeit. Nicht minder notwendig ist weiter, wie schon oben erwähnt, der Abbau der Belastungen, denn so lange die Ware in der Herstellung nicht billiger wird und so lange die importierte Ware im Auslande nicht fällt, werden Industrie und Großhandel nicht an einen Preisabbau herangehen können, da keine Möglichkeit mehr besteht, für die erzielten Gelder auch nur annähernd die gleiche Menge Rohmaterial einzukaufen. Hier handelt es sich nicht um die Erhaltung der Substanz, sondern auch um die Beschäftigung der Arbeiter. Heute gibt es bereits eine große Anzahl von Betrieben, die wohl überreich beschäftigt sind, aber nur drei Viertel oder die Hälfte ihrer Maschinen in Betrieb genommen haben, weil die Mittel für die Anschaffung der Rohware fehlen, die gebraucht werden, um auch den Rest der Maschinen arbeiten zu lassen. Es wird viel von Auslandskrediten gesprochen. Selbst durch die Presse ist wiederholt die Nachricht gegangen, daß bestimmte Gruppen, Verbände und Gemeinden mit Auslandskrediten unterstützt worden sind. Auslandskredite sind aber in fast gar keinem Fall gewährt worden. Das Ausland versucht allerdings, die durch die Geld- und Kreditnot in Deutschland erzeugten außerordentlich hohen Zinssätze für sich auszunutzen und in Deutschland Anlage für sein Kapital zu suchen. Es sind auch viele ausländische Firmen, Banken und auch Handelsunternehmungen an deutsche Kreditbedürftige herangetreten, aber zu einem wirklichen Abschluß ist es bisher in den allerersten Fällen gekommen und dann nur zu Bedingungen, die noch drückender sind als die im Inlande geltenden Verpflichtungen. Amerikanische, englische und Schweizer Agenten arbeiten in Deutschland auf dem Geldmarkt. Vor einiger Zeit wurde von verschiedenen Blättern die Nachricht verbreitet, daß auf Grund eines englischen Kreditangebots viele deutsche Städte Anleiheverhandlungen aufgenommen hätten. Durch Rundfrage ist festgestellt worden, daß keine der auf einem Städtetag vertretenen Städte einen Pfennig erhalten hat. Die Verhandlungen mit dem Auslande wegen Kreditübergabe haben sogar eine gewisse Gefahr, denn die ausländischen Agenten verlangen ganz lächerliche Angaben über den Wert des Geschäfts, ganz sorgfältig aufgestellte Bilanzen, behalten sich die eigene Nachprüfung vor usw. Sie erhalten also ein Material, das zum Schaden Deutschlands verwertet werden kann. Es wird auf diese Weise eine ziemlich umfangreiche Geschäfts-spyonage getrieben. Viele ausländische Agenten sind in Deutschland vielleicht überhaupt nur anwesend, um den Wert der deutschen Firmen zu ermitteln; sie schützen die Kapitalvermittlung nur vor. Es sind auch unreelle ausländische Agenten am Werke, die gewisse Vorschüsse und Sicherheitsleistungen verlangen. Solchen Vermittlern ist sofort die Türe zu weisen, denn soweit bis heute festgestellt wurde, ist

es auch in solchen Fällen zu Abschlüssen nicht gekommen, und die Kreditfuchenden sind noch um die nicht unerheblichen Spesen geschädigt worden. Vorsicht ist also am Platze. Auf dem Devisenmarkt ist ein Umschwung eingetreten. Die Repartierungen sind immer geringer geworden, sodaß jetzt nahezu eine volle Zuteilung aller Devisen erfolgt. Von den verschiedensten Kreisen wird diese Besserung auf dem Devisenmarkt als ein Zeichen der Wiedergesundung angesehen und auch als ein Zeichen dafür, daß die Kreditnot in gewissem Sinne doch schneller behoben werden wird, als manche Kreise glauben. Es wird wohl aber kaum so sein. Nach allem, was in den letzten Wochen vorgegangen ist, muß man den Minderbedarf an Devisen auf die verminderte Kauflust und Kaufkraft zurückführen, er stellt also keine Besserung der Kreditnot dar, sondern ist eher als ein stärkeres Zeichen der Kreditnot anzusehen. Der Minderbedarf an Devisen ist ein Ausdruck der verschlechterten Konjunktur — und das ist die Rehrseite der Medaille. Die Befreiung von der Kreditnot kann uns nicht durch volle Zuteilung von Devisen und auch nicht durch kleine ausländische Banken oder größere Konsortien gebracht werden, sondern die Kreditnot kann auch nur wieder durch Durchhalten und andauernde Arbeit und durch das Entgegenkommen und besonders die richtige Beurteilung der allgemeinen Lage seitens der deutschen Staatsbehörden und in Zusammenarbeit dieser Stellen mit Industrie und Handel behoben werden.

Metallmarktbericht der Deutschen Metallhandels-A.-G., Berlin-Oberschöneweide, vom 4. Juni 1924. — Die leichtbeseftigte Tendenz, die wir am Schluß der Vorwoche melden konnten, hat sich diesmal gehalten, obgleich dem deutschen Markt nach wie vor jede Anregung fehlt. Die hiesigen Preise liegen daher vielfach unter den offiziellen Notierungen, doch selbst bei diesen niedrigen Kursen, die eigentlich zum Einkauf anreizen sollten, herrscht nur geringe Nachfrage, während das kapitalkräftigere Ausland die Situation richtig erkennt und allgemein den Tiefstand der Preise zu größeren Abschlüssen benützt.

Der Markt schließt zu folgenden Kursen:

London:

Zinn £ 210.—/213.—,
Blei £ 29.—/31.—,
Antimon £ 49.10.—/50.—.

Berlin:

Metallsorten:

Preise per 1 Kilo am

	30. 5.	2. 6.	3. 6.	4. 6.
Weichblei	0,55	0,55	0,55	0,55
Bankzinn	4,15	4,05	3,95	3,90
99%iges Hüttenzinn	4,05	3,95	3,80	3,80
99%iges Antimon	0,75	0,75	0,75	0,75
Raff. Kupfer	1,06	1,07	1,05	1,05
Stereotypmetall	0,61	0,61	0,61	0,61
Schmelzmaschinenmetall	0,60	0,60	0,60	0,60

Wir machen noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sich vorstehende Notierungen für den Bezug von Waggonladungen ab Wert verstehen.

Weitere starke Zunahme der Konkurse. — Im Mai sind nach Aufstellungen der »Frankfurter Zeitung« 322 Konkurse eröffnet worden gegenüber 133 Konkursen im April und ca. 700—800 Konkursen pro Monat in der Vorkriegszeit. Die gegen den April stark erhöhte Ziffer gibt jedoch nicht das wahre Bild über das Ausmaß der Zahlungsschwierigkeiten, da die bestehende Geschäftsaussicht eine große Anzahl von Konkursen zunächst verhindert bzw. hinauschiebt.

Das Journalistengesetz. — Die Demokratische Fraktion ersucht die Reichsregierung, dem Reichstag nach Anhörung der Berufsvertretungen der Verleger und Schriftleiter und der Vertreter des freien Schrifttums baldigst einen Entwurf zu einem Journalistengesetz vorzulegen.

Die Deutsche Bücherei bleibt am Pfingstsonnabend geschlossen, ist aber in diesem Jahre in der Woche nach Pfingsten geöffnet. Besuchszeit von 1 bis 9 Uhr nachmittags.

Das Börsenblatt vom Pfingstsonnabend, dem 7. Juni, kann den durch die Bestellanstalt des Vereins der Buchhändler zu Leipzig beziehenden Firmen nicht rechtzeitig zugestellt werden, weil die Bestellanstalt an diesem Pfingstsonnabend geschlossen ist.